

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 27. Januar 2014

Verfasser: Daniel Hodel

Die heutige Doppelsitzung steht ganz im Zeichen der Debatte zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2015-2018 (KEF), wobei am Morgen noch ein paar andere Geschäfte behandelt werden.

### Lohnentscheid des Stiftungsrats der BVK

Benno Scherrer bringt es sogleich auf den Punkt: „*Da hat sich ein Gremium schön in die Nesseln gesetzt...*“

In den letzten Wochen wurde ein sehr umstrittener und unverständlicher Entscheid bezüglich der Entlohnung des Leiters der BVK in den Medien und nun auch im Kantonsrat diskutiert. Der Stiftungsrat war und ist der Meinung, dass eine markante Lohnerhöhung zugunsten Herrn Schönbächlers angebracht und gerechtfertigt sei. Das Handeln des Stiftungsrates zeugt weder von Sensibilität noch Weitblick.

Obwohl der Stiftungsrat unter dem medialen und politischen Druck zurücktreten musste, bleibt eine massive Erhöhung. Der Stiftungsrat hat sich ohne Not in eine unmögliche Situation manövriert. Ohne dass eine Forderung des Leiters der BVK vorgelegen hat, wurde der Lohn unter Kommunikation schwacher Argumente erheblich gegen oben angepasst.

Es braucht nicht nur Lohnvergleichsstudien, sondern auch einen Blick aufs Ganze. Wir Grünliberalen sind der Meinung, dass die Beurteilung der Kaderlöhne bei der BVK sehr wohl markttechnischen Aspekten Rechnung tragen soll, aber auch politischen und moralischen.

Der Regierungsrat soll sich als Vertreter des grössten Auftraggebers der BVK weiterhin in die Verhandlungen einbringen.

Das Postulat wurde durch den Rat ohne Gegenstimme überwiesen.

### Gesetzliche Grundlagen für die Kantonsapotheke Zürich

Der Regierungsrat ist bereit ein Postulat der Grünliberalen entgegen zu nehmen. Somit wurde das Postulat von Cyrill von Planta überwiesen. Weitere Infos zum Postulat:

<http://www.kantonsrat.zh.ch/Geschaefte/Geschaefte.aspx?GeschaefteID=6af1ba14-ec18-4020-8760-0c89a43a7baa>

### Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF-Debatte)

Einmal mehr möchten wir Grünliberalen im Rahmen der KEF-Debatte Akzente für einen nachhaltigen Mittelverbrauch setzen. Zudem zeigen wir auf, wo gemäss unseren grünliberalen Grundsätzen Entwicklungsschwerpunkte gesetzt werden müssen. Unsere Kernforderungen betreffen einen massvollen Umgang mit den finanziellen Mitteln und Investitionen und Ausgaben für nachhaltige Entwicklungen des Kantons Zürich.

KEF-Erklärungen, welche die Zuteilung von finanziellen Mitteln zu unserer Meinung nach unsinnigen (Bau-)Vorhaben verhindern sollen stellen oder unterstützen wir ebenso wie auch KEF-Erklärungen, welche finanzielle Vorhaben auf Basis einer kurzfristigen Denkweise vermeiden helfen.

So unterstützen wir Grünliberalen beispielsweise eine KEF-Erklärung zum Opernhaus der Kommission KBIK. Die Begründungen der Kommission ist kurz, klar und richtig und folgt unseren Grundsätzen. Es geht um Eigenverantwortung. Die Opernhaus AG kauft eine neue Halle, dies im Wissen, dass Altlasten bestehen. Die Sanierung eben dieser möchte sie sich nun vom Kanton bezahlen lassen – das ist verantwortungslos und kann so nicht akzeptiert werden.

KEF-Erklärungen welche den Kanton in seiner nachhaltigen Entwicklung einschränken sollen unterstützen wir nicht. Ebenfalls unterstützen wir keine Rasenmäher-Anträge wie beispielsweise eine pauschale, direktionsübergreifende Plafonierung des Personalaufwandes und Personalbestandes. Dies entspricht nicht einer von uns gewünschten und geförderten Sachpolitik.

## Fraktionserklärung der Grünliberalen

Stefanie Huber verliest eine Fraktionserklärung der glp / SP / BDP / Grüne zum Thema Abwicklung WEF-Flüge auf dem ehemaligen Militärflugplatz Dübendorf.

*Unter der Leitung von AeroSuisse hat sich ein Konsortium aus verschiedenen Aviatik-affinen Firmen und Organisationen zusammengeschlossen, um die Ausschreibung des Bundes für den Weiterbetrieb des ehemaligen Militärflugplatzes Dübendorf zu gewinnen.*

*Das aktuell laufende WEF wird nun genutzt, um den Gegenwind für die zivilaviatische Nutzung des ehemaligen Militärflugplatzes zu brechen: Indem am WEF 2015 die Business-Jets in Dübendorf nicht mehr nur parkiert, sondern inkl. Grenzkontrollen abgewickelt werden sollen, möchte AeroSuisse „beweisen“, dass die Bevölkerung keinen Anstoss an einer zivilen Nutzung der Fluginfrastruktur in Dübendorf nimmt. Wir stellen nicht in Abrede, dass die Verhinderung von Leerflügen ökologisch Sinn machen würde. Jedoch müssen wir sie als offen deklarierten Türöffner für eine vermehrte zivilaviatische Nutzung des ehemaligen Militärflugplatzes klar ablehnen.*

*Die Bevölkerung im Glattal ist schon stark lärmbelastet und wird einen zweiten zivilen Flughafen in der Region nicht akzeptieren. Während die militärischen Flüge geduldet wurden und die Helikopterbasis breite Unterstützung genießt, sprechen sich viele für eine Nutzung des Geländes als Innovationspark mit Grünflächen und Wohnanteil aus.*

*Der schweizerische Innovationspark bietet dem Kanton Zürich grosse volkswirtschaftliche und imagemässige Chancen sowie dem Glattal eine städtebauliche Perspektive. Doch auch andere Kantone wollen den Innovationspark – und der Zürcher Standortvorteil mit der Nähe von Hochschulen, Wirtschaft und Industrie kann gegenüber anderen Kandidaturen buchstäblich im Fluglärm untergehen. Wir könnten den Innovationspark verlieren, wenn wir hier nicht klare Signale nach Bern senden. Eine Vereinbarkeit von Innovationspark und zivilaviatischer Nutzung auf dem gleichen Gelände ist für uns ganz klar nicht gegeben!*

*Der Regierungsrat hat sich bisher immer klar gegen eine weitere aviatische Nutzung des Flugplatzareals in Dübendorf ausgesprochen und genauso klar für einen Innovationspark. Nun fordern wir ihn auf, sich auch gegen die Taktik der AeroSuisse für solche Spielchen auszusprechen und die nötigen Grundlagen für solche Aktivitäten in den nächsten Monaten zu verweigern. Wie der Regierungsrat in der Antwort auf unsere Vorstösse immer wieder betont hat, haben wir als Kanton und Standortgemeinden ein Wörtchen mitzureden – nutzen wir das!*

## Reduktion der Grundbuchgebühren

Die Initianten möchten durch diese PI die Gebühren, welche durch die Grundbuchämter erhoben werden, reduzieren.

Der Grundbuchbereich weist mit den bestehenden Gebühren einen weit überdurchschnittlichen Kosten-Deckungsgrad aus. Eine Reduktion der überhöhten Gebühren ist also angezeigt. Mit einer Reduktion von heute 1 1/2 Promille auf 1 Promille würde bei der Rechnung 2012 immer noch ein Deckungsgrad von ca. 163 Prozent und beim Budget 2013 von ca. 138 Prozent resultieren.

Wir Grünliberalen unterstützen dieses Vorhaben.

## glp-Vorstösse:

Thomas Wirth hat eine dringliche Anfrage zum Thema Festlegung der statischen Waldgrenze im Baugebiet eingereicht – hier die Anfrage im Wortlaut:

<http://www.kantonsrat.zh.ch/Geschaefte/Geschaefte.aspx?GeschaefteID=b5067d78-8289-4582-93b1-70d2bf049c34>